

# 23

## Japans Klimaschutzpolitik

---

Yasuko KAMEYAMA

### Einleitung

Seit den 1980er Jahren, als die globale Erwärmung und der Klimawandel international thematisiert wurden, wird von Japan als Mitglied der Industriestaaten erwartet, sich mit dieser Frage zu befassen. Im Gegensatz zu den europäischen Ländern ist Japan jedoch nicht immer proaktiv an dieses Problem herangegangen. Nachdem der damalige Premierminister Yoshihide Suga allerdings im Oktober 2020 die Kohlenstoffneutralität zum Ziel erklärt hatte, begann man in Japan rasch damit, sich in Richtung Dekarbonisierung zu bewegen. In diesem Beitrag erläutere ich die bisherige Haltung Japans zum Klimawandel und die dahinter stehenden Gedanken; außerdem möchte ich folgern, welche Faktoren zu dem eben genannten Richtungswechsel im Jahr 2020 geführt haben könnten. Darüber hinaus werde ich die zukünftige Entwicklung thematisieren.

Kohlenstoffdioxid aus der Energieverbrennung macht etwa 70 % der gesamten globalen Treibhausgasemissionen aus. Der Rest ist auf Landnutzungsänderungen wie Abholzung und Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche sowie auf Nicht-CO<sub>2</sub>-Treibhausgase wie Methan und Distickstoffoxid zurückzuführen. Da jedoch rund 90 % der Treibhausgasemissionen in Japan auf Kohlenstoffdioxid aus der Energieverbrennung entfallen, ist die Untrennbarkeit von Klimaschutz- und Energiepolitik eine wichtige

Voraussetzung für das Verständnis der folgenden Ausführungen.

### Historischer Hintergrund

Seit den 1980er Jahren beschloss die internationale Gemeinschaft, dass zunächst die verhältnismäßig reichen Industriestaaten mit einer Senkung ihrer Emissionen beginnen sollten, weshalb im Jahr 1992 die UN-Klimarahmenkonvention und im Jahr 1997 das Kyoto-Protokoll verabschiedet wurden. In Japan war die Existenz des Klimawandels zwar schon anerkannt, aber man vertrat die Meinung, dass die großen Emittentenländer – konkret gesagt die USA und China, welche mit den Energieeinsparungen hinterherhinken – höhere Emissionssenkungen vorweisen sollten als Japan, weil Japan mit den Energiesparmaßnahmen vergleichsweise weit vorangeschritten sei. In ihren Bemühungen um eine Reduzierung der Kohlenstoffintensität hatte die japanische Regierung auch geplant, den Anteil der Atomenergie zu erhöhen, während erneuerbaren Energien aufgrund ihrer Kostspieligkeit nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die schwere Erdbebenkatastrophe in Ostjapan im März 2011 und der daraus resultierende Unfall im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi stärkte jedoch die negative öffentliche Meinung gegenüber Kernenergie, wodurch der Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung verringert wurde. Seit diesem Zeitpunkt begann man endlich, Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien zu

ergreifen; jedoch lag Japan in diesem Zusammenhang bereits weit hinter anderen Ländern zurück.

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Pariser Abkommens im Jahr 2015 waren vor allem in Europa und den USA zahlreiche Unternehmen gegründet worden, die sich auf Grundlage von erneuerbaren Energien, Elektrofahrzeugen und IT-bezogenen Geschäften mit Emissionssenkungen als neuem Geschäftszweig beschäftigten. Man könnte sogar behaupten, dass gerade der Auftrieb dieser Industrien zur Verabschiedung des Pariser Abkommens geführt hat. Währenddessen hielt Japan auch im Jahr 2015 immer noch an seinen bisherigen Vorstellungen fest, was – kurz gesagt – daran lag, dass Unternehmen zur Emissionssenkung zusätzliche, teure Investitionen in Energieeinsparungen hätten tätigen müssen, die man zum Wohle der wirtschaftlichen Aktivität des Landes lieber vermeiden wollte. So wurde im Juli 2015 das Ziel beschlossen, die Emissionen bis 2030 um „26 % gegenüber 2013“ zu reduzieren – ein Wert, der sich ohne große Anstrengungen erreichen lassen könnte.

Der Trend zur Dekarbonisierung wurde danach aber weltweit nur verstärkt. Das ist teils auch darauf zurückzuführen, dass sich die Öffentlichkeit den zunehmend extremen Wetterereignissen bewusst geworden ist, die wir inzwischen alle in unserem Alltag spüren können. So haben sich seit 2019 immer mehr Länder verpflichtet, bis 2050

praktisch keine Emissionen mehr zu verursachen, weshalb auch der Finanzsektor und zahlreiche andere Betriebe diesem Vorbild folgten und eigene Ziele für eine Netto-Null-Emission festlegten. Diese Entwicklung überraschte die japanischen Unternehmen. Um mit den vollkommen veränderten internationalen Unternehmen Schritt zu halten, verpflichteten sie sich zu Emissionsenkungen und setzten sich gleichzeitig dafür ein, dass der Staat ähnliche Ziele festlegte und ein System zu ihrer Unterstützung einrichtete. Daraus entstand die eingangs erwähnte Erklärung zur Kohlenstoffneutralität vom Oktober 2020. Im April 2021 änderte Japan auf Ersuchen der neuen US-Regierung unter Präsident Biden sein Reduktionsziel für 2030 auf „46 % gegenüber 2013“ und kündigte an, sogar eine Senkung um 50 % anzustreben. So macht die Dekarbonisierung inzwischen einen Teil der neuen Wachstumsstrategie Japans aus, zu der die Entwicklung und Verbreitung innovativer Technologien mit Wasserstoff und Ammoniak gehört.

## Aktueller Stand und Herausforderungen

Warum hinkte Japan bis 2015 anderen Nationen in Bezug auf Maßnahmen gegen den Klimawandel hinterher? Eine Antwort kann sein, dass Japan seine Rolle als Vorreiter beim Energiesparen überschätzte und gleichzeitig ein mangelndes öffentliches Interesse im Land herrschte. In Hinblick auf das

Einsparen von Energie ist es tatsächlich so, dass viele japanische Produkte die weltweit höchsten Energieeffizienzwerte aufweisen – darunter Klimaanlage, Kühlschränke, anderweitige Haushaltsgeräte sowie Hybridfahrzeuge. Dies lässt sich auf die unermüdlichen Anstrengungen der japanischen Unternehmen zurückführen. Im Gegensatz dazu ist beispielsweise die Wärmedämmleistung japanischer Häuser noch nicht auf einem Niveau, auf das man stolz sein kann. Bis zur Gesetzesänderung im April 2022 wurde eine verstärkte Gebäudedämmung mit dem Argument immer weiter aufgeschoben, dass sie eine kostspielige Erstinvestition sei, die sich frühestens nach 30 Jahren rentiere. Außerdem lag der Schwerpunkt bis dahin vor allem auf der Energieeinsparung, da die Politik die Dekarbonisierung und Verbreitung erneuerbarer Energien – wie bereits erwähnt – erst nach dem Atomunfall in Angriff nahm. Elektrofahrzeuge sind in Japan noch nicht verbreitet. Auch der US-Austritt aus dem Pariser Abkommen und andere Rückschläge in der US-Klimapolitik unter der republikanischen Trump-Regierung zwischen 2017 und 2020, trübte das Urteilsvermögen der japanischen Regierung. Obwohl die Investitionen in die Emissionsminderung in den Bundesstaaten und der Industrie in den USA weiter zunahmen, wurde dies von den japanischen politischen Entscheidungsträgern übersehen.

Noch schwerwiegender war jedoch das Desinteresse der Bevölkerung. Es wurde offensichtlich über Jahre hinweg dem

Bewusstsein der Japaner eingeprägt, dass Japan in Bezug auf das Energiesparen bereits ein Vorreiter sei, weshalb es zunächst an den USA und China läge, sich um Emissionssenkungen zu kümmern. Außerdem haben die Medien trotz zunehmender Schäden durch sintflutartige Wolkenbrüche und große Taifune vermieden, diese Phänomene mit dem Klimawandel in Verbindung zu bringen. Solange das öffentliche Interesse fehlt, ist dieses Thema nicht einmal für den Wahlkampf geeignet. Die Ergebnisse eines kürzlich durchgeführten internationalen Vergleichsprojekts von Meinungsumfragen zeigen, dass das Bewusstsein der japanischen Teilnehmenden für den Klimawandel geringer ist als das der Befragten aus anderen Ländern.

Japan und Deutschland haben viele Gemeinsamkeiten, aber es gibt noch vieles, was Japan von Deutschland lernen muss, um das Bewusstsein der Menschen für den Klimawandel zu schärfen – z. B. wie wir durch schulische Aufklärungen zu den Themen Umwelt und Klimawandel oder durch angemessene Informationsverbreitung die Fähigkeit verbessern können, direkte Gefahren für die Menschheit als eigenes Problem zu betrachten.

Bis 2030 verbleiben noch sechs Jahre. Obwohl die Treibhausgasemissionen in Japan im Vergleich zu 2013 bereits um 20 % gesunken sind – was zum Teil auf die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie zurückzuführen ist – wird es

keineswegs einfach sein, diese auch in Zukunft in derselben Geschwindigkeit zu reduzieren. Es bleibt zu hoffen, dass die Regierung die bisher aufgeschobenen Maßnahmen so bald wie möglich in Angriff nehmen und die Bemühungen, das gesetzte Ziel auch zu erreichen, weiter beschleunigen wird.

Yasuko Kameyama (2017), *Climate Change Policy in Japan: from the 1980s to 2015*, Abingdon and New York: Routledge

Yasuko Kameyama (2021), "Climate Change Policy: Can New Actors Affect Japan's Policy-Making in the Paris Agreement Era?" *Social Science Japan Journal*, Vol. 24, No. 1

## Literaturangaben

Ipsos Global Advisor (2022), "Earth Day 2022 Public opinion on climate change," <https://www.ipsos.com/en-uk/earth-day-2022-global-attitudes-climate-change>

## Yasuko KAMEYAMA



Yasuko Kameyama, Ph.D., ist seit Mai 2022 Professorin an der Graduate School of Frontier Sciences an der Universität Tokio. Zuvor war sie von 2020 bis 2022 Direktorin der Abteilung für soziale Systeme am National Institute of Environmental Studies (NIES). Sie war seit 1992 30 Jahre lang für das NIES tätig. In diesen Jahren nahm sie an vielen Konferenzen der Vertragsparteien (COP) der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) teil, seit der COP1 in Berlin im Jahr 1995, entweder als Mitglied der japanischen Delegation oder als Wissenschaftlerin. Zwischen 1999 und 2000 war sie Gastforscherin am Department of Government and Politics der University of Maryland.

Ihr Hintergrund sind internationale Beziehungen, und ihre Hauptforschungsthemen sind: internationale Institutionen zum Klimawandel, Bewertung der Klimapolitik, globale Umweltabkommen und Nachhaltigkeitsstudien. Sie hat mehr als 200 Veröffentlichungen, hauptsächlich auf Japanisch und einige auf Englisch, u.a. *Climate Change Policy in Japan: From the 1980s to 2015* (Routledge, 2017). Sie ist Mitglied mehrerer staatlicher und akademischer Komitees und Ausschüsse, darunter der Central Environmental Council der japanischen Regierung, der Environmental Council of Tokyo Metropolitan Government und der Science Council of Japan.